

SENIOREN UNION **report**



EIN INFORMATIONSDIENST DER SENIOREN-UNION DER CDU NORDRHEIN-WESTFALEN

Minister Hendrik Wüst setzt auf Digitalisierung bei der Bahn der Zukunft



In seinem sehr engagierten Beitrag zu Verkehrsentwicklung in NRW brach der Verkehrsminister Hendrik Wüst eine Lanze für die Deutsche Bahn und den Öffentlichen Nahverkehr.

Konferenz-Teilnehmer fordern Abschaffung der Straßenbaugebühren

Mit dem Hinweis, dass der aktuelle Gast der Funktionsträgerkonferenz der Senioren-Union der CDU täglich auf besondere

Weise in den Medien vertreten sei, begrüßte Landesvorsitzender Helge Benda den Landesverkehrsminister Hendrik Wüst in Duisburg. „Täglich hören wir in den Verkehrsnachrichten die vielen Stau-Meldun-

gen. Hier hat Minister Wüst einen großen Berg abzutragen, der von seinen Vorgängern aus den SPD-Regierungen aufgebaut wurde“, sagte Helge Benda vor etwa 130 Teilnehmern der gut besuchten Konferenz.



Minister Hendrik Wüst MdL setzt bei der Bahn der Zukunft auf Digitalisierung

Seite 1 ▶



Peter Liese MdEP: Wahlaufruf der Senioren-Union der CDU NRW zur Europawahl

Seite 3 ▶



Staatssekretär Thomas Rachel MdB: 2019 soll das Jahr der Bildung und Ausbildung werden

Seite 4 ▶



Herzlich begrüßte der Landesvorsitzende der Senioren-Union NRW, Helge Benda, den Verkehrsminister des Landes NRW, Hendrik Wüst MdL, bei der Funktionsträgerkonferenz der Senioren-Union NRW in Duisburg.

Hendrik Wüst betonte, dass in Nordrhein-Westfalen die einzige bürgerliche Regierung in Deutschland regiere. Die Regierung in Nordrhein-Westfalen stehe unter anderem für Bürokratieabbau, Wirtschaftskraft, kluge Schulpolitik, geräuschlose, gute Arbeit. Die Verkehrspolitik müsse der Entwicklung gerecht werden, dass immer mehr Arbeitnehmer immer weiter über das Land verteilt arbeiteten und längere Wege in Kauf genommen werden müssten. Dasselbe gelte für die Wirtschaft, die zum Teil grenzüberschreitend über Verkehrswege geführt werden müsse.

Eine Lanze brach der Minister für die Deutsche Bahn. Die zuletzt immer häufiger kritisierte Unpünktlichkeit der Bahn hänge auch damit zusammen, dass immer mehr Verkehr auf die Schienen verlagert werde und der Verkehr auch hier immer dichter werde. Minister Wüst kündigte an, dass in den nächsten Jahren 40 bis 50 Milliarden Euro in die Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen investiert würden. Seine Aufgabe sei es unter anderem, vernetzte Mobilität zu schaffen. Es sei notwendig, die Pläne aller Verantwortungsebenen zu koordinieren. Hierzu habe er die Stabsstelle Baustellenmanagement eingerichtet, der zurzeit Vertreter von Straßen-NRW, der Bahn und allen weiterhin beteiligten Stellen angehörten. Dieser Stelle würden alle Aktivitäten gemeldet, um diese zu koordinieren.

Und dass es die bürgerliche Landesregierung ernst meint, machte Hendrik Wüst unmissverständlich deutlich: „Wenn wir

bauen und da arbeitet keiner, gibt es Ärger. Ich bin nicht bereit, 1000 Gründe zu akzeptieren.“ Die Landesregierung habe neue Verträge mit ihren Partnern gemacht, die einen Baubeginn drei Monate nach Zuschlag verpflichtend machten. An Autobahnen seien schon 227 Wochen Bauzeitverkürzung erreicht worden, indem in einer weiteren Schicht gearbeitet werde. Die Arbeit am Wochenende und nachts koste zwar mehr Geld, aber schaffe gerade bei hoch frequentierten Autobahnbaustellen eine schnellere Fertigstellung.

Hendrik Wüst schätzt, dass der LKW-Verkehr bis 2030 drastisch zunehmen wird. Deshalb müsse die Verlagerung auf andere Verkehrswege jetzt geplant und

eine entsprechende Infrastruktur aufgebaut werden. „Der Güterverkehr ist Teil unseres Lebensstandards. Eine frühzeitige Bürgerbeteiligung muss für diese Pläne organisiert werden“, fordert der Minister. Es solle bei den geplanten Objekten „jeder mitgenommen werden“, stellte er in Aussicht. Dies sei auch für die Rheinquerung südlich von Köln durch die Wiesen bei Niederkassel geplant. Der Aufbau einer guten, funktionierenden Infrastruktur sei die Voraussetzung für das Angebot an die Menschen, aufs Auto zu verzichten.

Viel Zustimmung erntete der Minister bei seiner Ankündigung, den Erwerb von Bahn-Tickets an Automaten zu erleichtern. Hier helfen die Digitaltechnik und die Festlegung von Parametern, die für das ganze Land Gültigkeit hätten, wie zum Beispiel Luftlinie oder Zeit. „Erst wenn wir das haben, werden wir im ländlichen Raum ein gutes Angebot für den öffentlichen Personennahverkehr bekommen“, sagte Wüst voraus. Die Chancen sieht er in der Digitalisierung, für die er nach seiner Aussage von der NRW-Regierung alle Unterstützung bekomme, die er brauche.

Kritische Fragen nach den Anliegerbeteiligungen bei Straßensanierungen wurden zum Teil sehr emotional von den Konferenzteilnehmern begleitet. Minister Wüst sagte, diese Frage falle in die Zuständigkeit von Ministerin Scharrenbach. Der Landtag habe die Landesregierung beauftragt, eine Lösung für diese Umlagen bis zum Sommer zu finden..

Der Landesvorsitzende Helge Benda beendete die leidenschaftlich geführte Diskussion mit der Anmerkung: „So viel ist bei einer Funktionsträgerkonferenz wohl noch nie diskutiert worden.“



Die mit 130 Teilnehmern sehr gut besuchte Funktionsträgerkonferenz in Duisburg diskutierte mit dem Verkehrsminister, Hendrik Wüst MdL, die Entwicklung des Verkehrs in NRW.

Wahlaufruf der Senioren-Union der CDU NRW zur Europawahl 2019



Dr. Peter Liese MdEP

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,**

bei all den vielen und wichtigen Erfolgen der Europäischen Union als Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft, ist die EU zu allererst und nach wie vor Garant für den Frieden. Es war die europäische Einigung, die dem Frieden eine endgültige Heimstätte auf dem europäischen Kontinent gegeben hat. 101 Jahre nach dem Ende des 1. Weltkriegs, 74 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs, 70 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland und 30 Jahre nach dem Ende der Teilung unseres Vaterlandes sind wir zum ersten Mal in der unserer Geschichte umgeben von Partnern und Freunden, in einem vereinten Land in mitten eines geeinten Europas.

Wir erinnern uns an die Gründerväter Adenauer, Schuman, De Gasperi, Monnet, die sich auf den Ruinen Europas darauf einigten, dass nur durch eine Gemeinschaft der Friede langfristig

erreicht werde. Seitdem war der Weg, von den Anfängen Europas bis heute bestimmt vom Wachsen und Gelingen dieses neuen Europas. Von den schwierigen Jahren in wirtschaftlicher und moralischer Hinsicht im Nachkriegseuropa bis hin zu einer Normalität für die heutige Generation, die wie selbstverständlich in den verschiedenen EU-Ländern, grenzenlos leben, arbeiten, studieren, mit derselben Währung bezahlen und die gleichen Rechte haben.

Europa ist sicher nicht perfekt und es gibt vieles zu verbessern. Wir haben deshalb gemeinsam mit der CSU ein Wahlprogramm zur Europawahl verabschiedet, in der wir klar machen, welche EU wir wollen. Wir leben und lieben unser Europa und wollen es deshalb in tiefer Freundschaft mit Frankreich fortentwickeln. Helfen Sie mit – geben Sie am 26. Mai Ihre Stimme bei der Europawahl ab. Wir – CDU und CSU – sind eine engagierte Volkspartei und stehen für eine Fortentwicklung der Europäischen Union.

Mit freundlichen Grüßen



Helge Benda

Dr. Peter Liese MdEP
Spitzenkandidat der CDU-NRW
zur Europawahl

Helge Benda
Landesvorsitzender der
Senioren-Union NRW

Thomas Rachel: 2019 soll das Jahr der Bildung und Ausbildung werden



Der Vorsitzende der Senioren-Union Nordrhein Westfalen Helge Benda und der Landesgeschäftsführer der Senioren-Union NRW Heinz Soth begrüßten den Staatssekretär im Bundesministerium für Forschung und Bildung Thomas Rachel MdB zu einem Meinungsaustausch im Landesvorstand der SU.

„Wir müssen uns in dieser Zeit des Umbruchs aber nicht als Getriebene fühlen. Gute Bildung, exzellente Wissenschaft und innovative Forschung – das sind die entscheidenden Werkzeuge, damit wir die Welt gestalten können“, mit dieser optimistischen Einschätzung kennzeichnete Thomas Rachel MdB, Parl. Staatssekretär im Bundesministerium für Forschung und Bildung, seinen Impulsvortrag anlässlich der Sitzung des Landesvorstandes der Senioren Union NRW in Düsseldorf.

Für diese Arbeit steht dem Bundesministerium für Bildung und Forschung mit rund 17,6 Milliarden Euro im Jahr 2018 der mittlerweile viertgrößte Etat im Bundeshaushalt zur Verfügung.

Das zeigt: die Bundesregierung investieren kontinuierlich und verlässlich in die Zukunft. Denn Bildung, Wissenschaft und Forschung brauchen keinen Aktivismus, sondern einen langen Atem.

- I. Stärkung und Modernisierung der beruflichen Bildung
- II. Ausbau des Spitzenstandortes Deutschland für Forschung und Innovation.

III. Digitalpakt Schule

zu I) 2019 soll das Jahr der Berufsbildung werden! Denn der Mangel an Fachkräften stellt unsere Wirtschaft vor große Herausforderungen. Das trifft besonders den Mittelstand. Das BMBF will deshalb die berufliche Bildung weiter stärken und modernisieren – und sie damit auch attraktiver machen.

Im November hat das Ministerium die Eckpunkte für ein Gesetz zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung vorgestellt: mit einheitlichen Abschlussbezeichnungen, einer bundesweit einheitlichen Mindestvergütung, einer verbesserten Durchlässigkeit und einer Stärkung der Teilzeitberufsausbildung erhöht sich die Attraktivität der beruflichen Bildung.

Eines ist besonders wichtig: Berufsausbildung soll keine „zweite Wahl“ sein, etwa bei Studienabbrüchen. Besser ist es, Fehlentscheidungen bei der Ausbildung von vornherein zu vermeiden.

Potenzialanalyse und Berufsfelderkundungen in der 8. und 9. Klasse sind Meilensteine der individuellen Berufsorientierung. Sie geben den Anstoß für die

Beschäftigung mit der eigenen Zukunft. Weitere Praxiskurse bauen darauf auf. Das Bildungsministerium fördert diese Instrumente im Rahmen des Landesprogramms „Kein Abschluss ohne Anschluss – KAoA“.

Gerade im Dezember wurde gefeiert: Seit 10 Jahren fördert das BMBF die praktische Berufsorientierung. Rund 440.000 Schülerinnen und Schüler hat es in NRW erreicht und dafür mehr als 140 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Diese Erfolgsgeschichte wird fortgesetzt: Auch für das laufende Schuljahr 2018/19 hat das BMBF rund 10 Mio. Euro für Berufsorientierung in NRW bereitgestellt.

Auch Neuzugewanderte werden darin unterstützen, ihre Chancen zu nutzen. Denn mehr als die Hälfte von ihnen sind jünger als 25 Jahre, also in einem Alter, in dem sie eine Ausbildung benötigen.

zu II) Unsere globale Wettbewerbsfähigkeit und damit die Zukunft unserer Wirtschaft hängen immer stärker von der Innovationskraft ab. Nur mit starker Forschung wird es hier weiterhin die Lebensqualität geben, die wir uns alle wünschen.

Deshalb hat das Ministerium bereits im vergangenen Jahr begonnen, erneut die Weichen zu stellen für exzellente Wissenschaft und innovative Forschung.

Die Bundesregierung hat die Hightech-Strategie 2025 beschlossen, mit der Forschung und Innovation gestärkt werden. Die Agentur für Sprunginnovationen hat das BMBF auf den Weg gebracht. Mit ihr bietet sich der Forschung der Freiraum, den sie braucht, um auch ungewöhnliche Wege zu gehen. Und die Bundesregierung hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis 2025 3,5% des BIP für Forschung und Entwicklung auszugeben. Damit dieses Ziel gemeinsam mit der Wirtschaft erreicht werden kann, treibt sie die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung voran.

Ab sofort erfolgt die Konzentration besonders auf die Verhandlungen zur Fortführung der Pakte: Pakt für Forschung und Innovation, Hochschulpakt, Qualitätspakt Lehre. Damit schaffen wir wichtige Voraussetzungen für exzellent ausgebildete Wissenschaftler, gut ausgestattete Hochschulen und ideenreiche Forschung.

Dazu soll auch die sog. „Kohle-Kommission“ beitragen, die Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung. Im Laufe der nächsten Tage nun legt die Kohle-Kommission ihren Abschlussbericht vor. Er ist für die Bundesregierung eine zentrale Grundlage zur Gestaltung des Strukturwandels in den Kohlerevieren.

Und der bereits vorliegende Zwischenbericht lässt erahnen: Forschung und Entwicklung werden bei diesem Strukturwandel eine wichtige Rolle spielen. Denn Innovationen und neue Ideen sind häufig der Ausgangspunkt, wenn Regionen erfolgreich neue Chancen entdecken und ergreifen.

Ein Beispiel für ein innovatives Forschungsfeld, bei dem NRW schon jetzt sehr gut aufgestellt ist.

Batterien sind der Schlüssel für eine wachsende Zahl technologischer Anwendungen, der Bedarf an Batterien wächst rasant.

Die Batteriezellen sind das Herzstück einer Batterie. Sie bestimmen die Leistungsdaten, die Sicherheit und die

Lebensdauer einer Batterie. Gleichzeitig sind sie wegen der hohen Material- und Produktionskosten kostenbestimmend. In NRW finden sich gleich mehrere Leuchttürme der Batterieforschung in Deutschland. Eines der vier bundesdeutschen vom BMBF geförderten „Excellent Battery Zentren“ ist hier angesiedelt, an den Standorten Münster, Jülich und Aachen.

Ein weiteres Beispiel ist das BMBF-geförderte nationale Kompetenzcluster zur Batteriezellproduktion (ProZell). ProZell untersucht den Produktionsprozess von Batteriezellen, seinen Einfluss auf Zelleigenschaften und Kosten. Aus NRW sind die RWTH Aachen, das MEET Batterieforschungszentrum der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und die TU Dortmund beteiligt.

NRW hat eine sehr vitale, bunte Landschaft an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Kein anderes Bundesland bekommt in absoluten Zahlen so viel Geld vom Bund aus der gemeinsamen Förderung von Wissenschaft und Forschung nach Artikel 91b GG wie NRW! Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass andere Bundesländer dabei einen etwas höheren Anteil an Bundesgeld im Vergleich mit ihren eigenen Ausgaben erreichen.

Dass sich ein solches Engagement des Landes NRW lohnt, zeigt das „Ja“ der Max-Planck-Gesellschaft zum Standort Bochum für die Gründung des neuen Max-Planck-Instituts für Sicherheit und Privatsphäre – zentrale Fragen im Zeitalter von Big Data und Industrie 4.0.

Über die Aufnahme in die gemeinsame Förderung von Bund und Ländern wird voraussichtlich im Mai entschieden.

Und auch bei dem neuen Fraunhofer-Institut für Geothermie und Energieinfrastruktur soll ein Schwerpunkt in NRW geschaffen werden, der an bestehende Strukturen (u.a. Geothermiezentrum Bochum, RWTH Aachen, Universität Bochum und Hochschule Bochum, Nähe zum Braunkohlekraftwerk Weisweiler) anknüpft.

zu III) Noch ein Punkt, den der Staatssekretär vortrug, der DigitalPakt Schule. Sie kennen unser gemeinsames Ziel: Bund und Länder bringen die digitale Bildung in jedes Klassenzimmer.

Der Digitalpakt Schule braucht eine solide verfassungsrechtliche Grundlage, die mit der Grundgesetzänderung von Artikel 104c geschaffen werden soll.

Und wir müssen sicherstellen, dass die fünf Milliarden Euro des Digitalpakts zu 100 Prozent in den Schulen ankommen. Wir alle wissen: Der digitale Wandel wartet nicht auf uns. Wir dürfen die Kinder und Jugendlichen damit nicht allein lassen. Uns geht es um den sinnvollen Einsatz digitaler Geräte und Techniken. Thomas Rachel merkte dabei an, dass NRW mit der eigenen „Digitaloffensive Schule NRW“ bereits vorbildlich unterwegs sei.

Es ist Ziel der Senioren Union NRW, mit den Entscheidern in Politik und Wirtschaft in einen konstruktiven Dialog zu treten; der Vortrag von Thomas Rachel zeigte dabei auch, wie groß das Bestreben der Bundesregierung ist, Wissenschaft und Forschung zum Wohle der Menschen und der Regionen einzusetzen. Der Gedankenaustausch geht weiter, das ist für den Landesvorsitzenden Helge Benda sicher.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Senioren-Union der CDU Nordrhein-Westfalen

Landesvorsitzender Helge Benda

REDAKTION

Heinz Soth (V.i.S.d.P.)

Mechthild Solberg, Rainer Mohrmann

Fotos: Roland Rochlitzer

ANSCHRIFT

Wasserstraße 6 | 40213 Düsseldorf

Tel. 02 11 . 136 00-22 | Fax 02 11 . 136 00-54

info@senioren-union-nrw.de

www.senioren-union-nrw.de

GESAMTAUFLAGE

33.000 Exemplare

Bezirk Münsterland:

Gelungener Auftakt zum Europa-Wahlkampf mit Dr. Markus Pieper MdEP



Der Europaabgeordnete und parlamentarische Geschäftsführer der deutschen Gruppe in der EVP-Fraktion, Dr. Markus Pieper, vertritt das Münsterland seit 2004 in Europa.

Auf gute Resonanz stieß die Einladung der Senioren-Union im Bezirk Münsterland an die Kreisunionen zu einem Europa-Frühstück. Ehrengast war Dr. Markus Pieper, der das Münsterland in Brüssel und Straßburg vertritt.

Der erfahrene Europaparlamentarier, der für eine weitere Wahlperiode kandidiert, verzichtete auf einen Vortrag und bat stattdessen die über 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die für sie wichtigsten europapolitischen Themen zu nennen, zu denen er Stellung beziehen wolle. So kam ein lebhafter Austausch zu Stande.

Besondere Aufmerksamkeit zogen die Vorgänge um den Austritt Großbritanniens auf sich. Die Diskussion um den „Brexit“ zeige, was es bedeute, wenn ein Land die EU verlassen wolle. Dr. Markus Pieper ist in der Fraktion der Europäischen Volkspartei Brexit-Beauftragter für die Bereiche Transport und Logistik. Das

Speditionswesen wie auch andere Wirtschaftsbereiche hätten Angst vor einem unregelmäßigen Ausstieg aus der EU. Doch auch „normale Menschen“ werde ein harter Brexit treffen, betont Pieper und verweist auf das Ende der Freizügigkeit bei der Studien- und Arbeitsplatzwahl. „Es gibt so viele Beispiele dafür, wie die Menschen von Europa profitieren. Die Briten versinken im Chaos, eine Firma nach der anderen meldet sich bei ihnen ab! Sie merken jetzt, was sie alles verlieren!“

Überhaupt kein Verständnis hat der Abgeordnete für die populistischen Forderungen der AfD, die aus dem Euro aussteigen möchte und wieder Grenzkontrollen zu den Nachbarländern einführen möchten. „Diese Maßnahmen zerschneiden die Lebensadern Deutschlands als Exportnation!“

Besonders entschieden äußerte sich Pieper zur Position der AfD, das Europaparlament in seiner Bedeutung zu schmälern.

„Wir brauchen mehr Rechte für das Europäische Parlament in der EU! Was wir nicht brauchen, sind Rechte im Parlament!“

Dr. Markus Pieper nutzte den Anlass für ein Plädoyer für eine hohe Wahlbeteiligung am 26. Mai 2019: So könne die Gefahr am ehesten gebannt werden, dass extreme EU-Gegner, die in großer Zahl sicher wählen gehen werden, überproportional stark vertreten sein werden.

Er warb für ein geeintes „Europa des Miteinanders“, in dem gemeinsam an der Verbesserung der EU gearbeitet wird. Natürlich hat Europa Fehler gemacht und Probleme zu lösen, so Pieper. „Aus diesen Fehlern sollten wir aber lernen und uns nicht von Leuten, die Hass säen, die europäische Idee zerstören lassen!“ Dazu gehöre nicht nur der Binnenmarkt, sondern vor allem Freiheit und demokratische Werte. „Lassen Sie uns die Wahl zu einem Referendum für Europa machen!“



Astrid Birkhahn, stellv. Landesvorsitzende und Bezirksvorsitzende der Senioren-Union Münsterland, hatte Dr. Markus Pieper MdEP zum Europa-Frühstück eingeladen.